

Gruppe "Wahlbeobachtung" gegründet

Am 26.2.90 gaben 6 ange-sehene (concerned) Malaysier in einer Presseerklärung die Gründung einer Gruppe "Election Watch" (= Wahlbeobachtung) bekannt. Ihre Mitglieder sind folgende keiner Partei zugehörige, malaysische Bürger: der ehemalige höchste Richter des Landes (Lord President), Tun Mohamad Suffian bin Hashim als Vorsitzender, der ehemalige Leiter des Rechnungsprüfungsamtes (auditor-general), Tan Sri Ahmad Noordin bin Zakaria, die zwei ehemaligen Vorsitzenden der Anwaltskammer (bar council), Raja Aziz Addruse und Datuk Param Cumaraswamy, der Präsident von ALIRAN, Dr. Chandra Muzaffar, und der Anwalt Chooi Mun Sou, ehemaliges Mitglied der Untersuchungskommission zur Aufklärung des BMF-Finanzskandals.

Angesichts zunehmender Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Registrierung von Wählern, der Aufstellung der Wählerverzeichnisse und des Ablaufes von Wahlen stellt sich Election Watch die Aufgabe, zur Durchführung von sauberen und fairen Wahlen beizutragen. Sie will mit der unabhängigen, nach der Verfassung eingerichteten Wahlkommission zusammenarbeiten. Außerdem nicht-parteigebundene Freiwillige soziale Aktionsgruppen, Journalisten, Lehrer, Akademiker, Anwälte und anderen Berufe zur Untersuchung von Unregelmäßigkeiten in Zusammenhang mit den Wahlen bewegen, die

Öffentlichkeit über die Durchführung von Wahlen und der parlamentarischen Demokratie durch Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Seminare unterrichten und jede weitere Aktivität unternehmen, um die Unabhängigkeit und Integrität der Wahlkommission zu gewährleisten. Das Sekretariat für Election Watch stellt ALIRAN.

Reaktionen von Seiten der Wahlkommission und der Regierung blieben nicht aus. Der Vorsitzende der Wahlkommission Rashid Abdul Rahman griff Election Watch auf einer vom Fernsehen übertragenen Pressekonferenz am 28.2. scharf an und warf ihr vor, gegen die Regierung zu sein und die Wahlkommission zu diskreditieren. Premierminister Mahathir Mohamad konnte erst am 1.3., nach der Rückkehr von einer Reise nach Lusaka, wo er gerade Nelson Mandela begrüßt hatte, die Gruppe beschuldigen, ein verlängerter Arm der Oppositionsparteien zu sein, und befand ihre Mitglieder als vorgekommen.

Danach äußerten sich dann auch andere Regierungsminister und die Kommentatoren der Tageszeitungen und anderer öffentlicher Medien ablehnend und z.T. diffamierend zur Gründung von Election Watch.

Noch im Februar hatte der Vorsitzende der Wahlkommission, Rashid, darauf hingewiesen, daß bestimmte Parteien die Namen einiger tausend Wähler im Wählerverzeichnis eines Wahlbezirkes ohne deren Wissen in einen anderen Wahlbezirk hat umschreiben lassen. Der Führer der Oppositionspartei Democratic Action Party (DAP), Lim Kit Siang, hatte eine Untersuchung über das Verfahren der

3wöchigen Registrierung von Neuwählern durch die Wahlkommission im März verlangt, da es nach ihm vorliegenden Informationen es zu erheblichen Manipulationen durch Mitglieder der Regierungspartei gekommen sein soll.

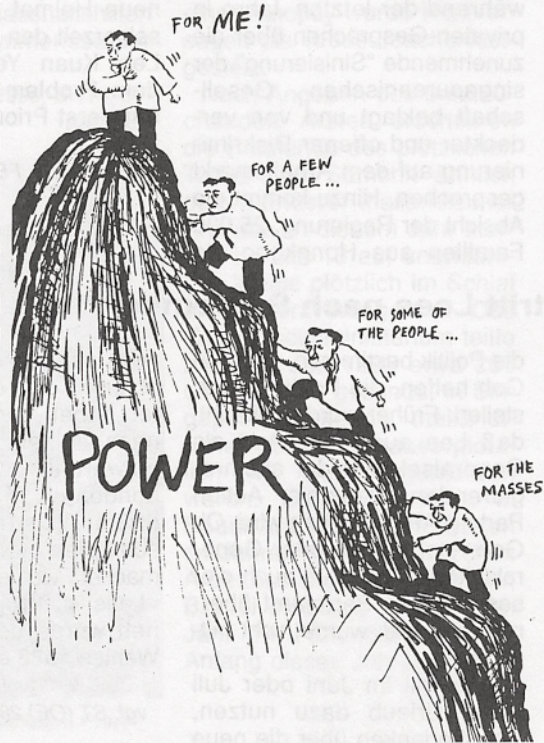
Tun Suffian geriet im folgenden Monat von Seiten der Regierung erneut unter Beschuß. In einem Interview für eine Juristenzeitschrift der National University of Singapore, Law Review, hatte er die Art, wie Politik in Malaysia gemacht wird, sowie die Auffassung der Regierung von Gewaltenteilung in einer parlamentarischen Demokratie und ihr Vorgehen gegen die Judikative im Vorjahr kritisiert. Die Zeitung der oppositionellen DAP hatte dieses Interview im März nachgedruckt. Besonderer Anstoß wurde von Regierungsseite an einer Äußerung genommen, in der Suffian, im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die Verantwortung eines Parlamentsabgeordneten für alle in seinem Wahlbezirk und nicht nur für die Parteimitglieder, sagte: "Es ist eine Tendenz hier in Malaysia, daß viele Politiker eine primitive Einstellung haben. Sie denken; 'Oh, ich habe Macht. Ich fahre nun mit einem Mercedes herum. Ich kann machen was ich will'. Das ist nicht richtig."

vgl. *Rocket* Vol.23, No.2, S.2+14ff, No.3, S.2, No.4, S.3+12, 1990; *ALIR* Vol.10, No.2, S.2f, No.3, S.2ff, No.4, S.23ff, 1990; *FEER* 29.3., S.15ff, 26.4.1990 S19; *AW* 20.4., 24., 27.4.1990 S.28;

Prozeß gegen Abholzung in Sarawak

Vom 26.-27.3.1990 fand vor dem Obersten Gericht die erste Gerichtsverhandlung statt, in der eine Gruppe von Kayans aus Uma Bawang die Unterbindung der Abholzung in ihrem Gebiet durch Holzfirmen verlangte. Sie beriefen sich dabei auf ihr traditionelles Recht, über die Nutzung des Waldes zu entscheiden. Eine Entscheidung des Gerichts steht noch aus. 55 Betroffene Kayans waren extra zum Prozeß angereist, um damit ihre Unterstützung der Kläger zu zeigen.

vgl. *Panchar Penemu* No.5/1990, S.10ff



Aus: Aliran Vol. 10, No. 4

Nachrichten-Fluß kanalisiert

Am 27.2.90 legte die Regierung einen Gesetzesentwurf vor, nach dem Nachrichten von ausländischen Agenturen einzig von der nationalen Agentur *Bernama* im Land weiterverteilt werden dürfen. Damit wird gesetzlich festgelegt, was bisher auch bereits praktisch der Fall gewesen ist. Seit 1984 leitet *Bernama* im Land Meldungen der internationalen Agenturen gegen eine Gebühr weiter. Bisher war dies jedoch nur eine rein technische Angelegenheit, wobei *Bernama* keinerlei Kontrolle

auf die Auswahl hatte. Der Text der Gesetzesvorlage sei jedoch so allgemein gehalten und nehme keinen Bezug auf die Erklärung der UN von 1948 zur Informationsfreiheit, daß in Zukunft auch mit einer inhaltlichen Auswahl zu rechnen sei, so befürchten die Kritiker.

Angeblich soll das Gesetz den bisherigen öffentlichen Status *Bernamas* ändern, wonach sie keinerlei Gewinn machen darf, hin zu einem gewinnorientierten Unternehmen, damit sie sich

besser selbst finanzieren kann. Der Premierminister Mahathir Mohamad soll in letzter Zeit nicht sonderlich zufrieden mit der Berichterstattung der internationalen Presseagenturen über die Veränderungen in Osteuropa gewesen sein. Auf einer Preisverleihung für Journalisten am 22.2.90 sagte er: "Es ist gut, im Kopf zu behalten, daß wir nicht gleich sterben werden, wenn wir über irgendetwas nichts erfahren. Beharren Sie nicht zu fanatisch auf das Recht auf Wissen."

vgl. *ST (OE)* 3.3.90; *FEER* 15.3.90 S.20

700.000 illegale Einwanderer in Sabah

Nach einer Zählung durch den Nationalen Sicherheitsrat im ostmalaysischen Bundesstaat Sabah im April dieses Jahres wurden 700.000 Immigranten registriert. 1988 waren es nach einer Zählung durch die Landesregierung des Bundesstaates noch insgesamt 480.000 Menschen, die illegal in Sabah lebten, davon 335.000 aus den Philippinen und 145.000 aus Indonesien. Bei einer Gesamtzahl der einheimischen Bevölkerung von 1,4 Mio. befürchtet die Landesregierung, daß bis zum Jahr 2008 die Anzahl der Einwanderer die Zahl der Einheimischen übersteigen wird, wenn der illegalen Einwanderungsflut kein Riegel vorge-schoben wird.

Zur Zeit beträgt der Zustrom von illegalen Einwanderern 500 Menschen im Monat. Nach Auffassung eines philippinischen Senators darf Malaysia die philippinischen Einwanderungen nicht für illegal erklären, solange die territorialen Ansprüche der Philippinen auf Sabah nicht geklärt seien.

Die einheimische Bevölkerung Sabahs sieht in den Immigranten die Ursache für zunehmende Kriminalität, Squatterbehausungen, Wiederauftreten von Malaria und Cholera und die Überfüllung von Krankenhäusern und Schulen.

Das Einwanderer-Problem hat eine weitere, innenpolitische Dimension für Sabah: Die einheimische Bevölkerung setzt sich mehrheitlich aus nicht-islamischen Volksgruppen zusammen, deren Partei, die PBS, auch die derzeitige Landesregierung Sabahs bildet. Die Zentralregierung in Kuala Lumpur wie auch die Landesregierungen der übrigen Bundesstaaten werden von islamisch-malaysisch dominierten Parteien angeführt, die in Sabah nur eine Bevölkerungsminderheit repräsentieren und zur Zeit im Landesparlament die Opposition bilden. Die illegalen Immigranten sind fast ausschließlich Muslime.

Im März hatte die Landesregierung Sabahs mitgeteilt, daß sie über Beweise verfüge,

wonach eine Oppositionspartei in Sabah und einige Beamte der Nationalen Einwohnermeldebehörde in einer Aktion 60.000 illegale Immigranten als malaysische Staatsbürger registriert hatten. Gemeint war damit die islamisch-malaysische Oppositionspartei USNO, die von 1967 bis 1976 die Landesregierung stellte. Angesichts von Neuwahlen für das ganze Land voraussichtlich noch in diesem Jahr wie auch für das Landesparlament im Mai 1991 sind Befürchtungen der PBS und anderer nicht-islamischer Parteien, Immigranten als Wählerpotential für die islamisch-malaysischen (Oppositions-) Parteien durch ihre Registrierung zu gewinnen, verständlich.

Die Zentralregierung zögert zur Zeit noch, mit durchgreifenden Maßnahmen den Zustrom illegaler Einwanderer zu verhindern und Zwangsrückführungen einzuleiten, wie sie Premierminister Mahathir noch am 22.3.1990 zugesagt hatte.

vgl. *Rocket* Vol.23 No.4, 1990, S.5; *FEER* 12.4.90, S.31;

US-Management erkennt Gewerkschaft nicht an

Mit immer wieder neuen Tricks versucht das Management der US-Elektronikfirma Harris Solid State (HSSM) sich der Anerkennung einer Betriebsgewerkschaft der 2500 Arbeiterinnen zu entziehen. Im Januar 1989 initiierten einige Beschäftigte die Gründung einer Gewerkschaft, die trotz erheblicher Schwierigkeiten von der großen Mehrheit der Belegschaft Unterstützung erhielt. Trotz vorheriger mündlicher Zusage weigerte sich die Unternehmensleitung im Juli, die Gewerkschaft als Tarifpartnerin anzuerkennen, woraufhin sich diese an die Behörde für Arbeitsbeziehung wandte.

Im August änderte die Unternehmensleitung kurzerhand ihren bisherigen Namen von RCA in HSSM, was für die Gewerkschaftsaufsichtsbehörde Anlaß war, die Gewerkschaft aufzufordern, ebenfalls ihren Namen zu ändern und dazu die Mitglieder zu befragen, um von der Behörde anerkannt zu werden. Im

Januar 1990 war diese Auflage erfüllt, die Anerkennung von der Behörde als Gewerkschaft erteilt und die Unternehmensleitung von der Behörde für Arbeitsbeziehungen aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen die Gewerkschaft als Tarifpartner anzuerkennen. Am Tag, an dem die Frist abgelaufen war, erhielten alle Beschäftigten einen Brief, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß sie in einen Betrieb namens Harris Advance Technology versetzt würden und daß sie zu dieser Übernahme ihr Einverständnis durch Unterschrift erklären sollten, ansonsten müßten sie mit Entlassung rechnen.

Am 19. April wurden 24 Beschäftigte, hauptsächlich Gewerkschaftsvorstandsmitglieder in eine leere Halle ohne Arbeit versetzt. Nachdem sie protestierten, wurde eine Maschine aufgestellt, mit der Scheinarbeiten durchgeführt werden sollten.

Trotz bestehender Gesetze, nach denen weder Entlassung

noch Schließung eines Betriebes während der Zeit der Anerkennung einer Gewerkschaft zulässig sind, wurde der Verstoß von HSSM nicht von den Behörden geahndet.

In der Elektronikindustrie Malaysias arbeiten über 100.000 Menschen, davon ca. 85 % Frauen. Über Jahre hinweg hat die Regierung bis Ende 1988 erfolgreich verhindert, daß sich in diesem Bereich Gewerkschaften gründen konnten (vgl. *SOAI* 4/88, S. 39).

Die US-Gewerkschaft AFL-CIO üben Druck auf ihre Regierung aus, damit Malaysia aus der Liste der zollbegünstigten Länder bei der Einfuhr von Waren in die USA gestrichen wird, weil in Malaysia die Beschäftigten der Elektronikindustrie kein Streikrecht haben und sich nicht gewerkschaftlich organisieren können.

vgl. Flugblatt "The Case of HSSM Electronic Workers Union" vom April 1990; *FEER* 11.5.90, S. 59;

Kurzmeldungen

Die Partai Socialis Rakyat Malaysia (PSRM), die Sozialistische Volkspartei Malaysia hat das "Socialis" aus ihren Namen gestrichen. Bereits 1986 gab es diesen Vorschlag, der aber erst in diesem Jahr auf einem Parteikongress mit 90 % angenommen wurde. Der Parteiname lautet nun wieder Partai Rakyat Malaysia, Volkspartei Malaysia wie vor 1970.

(*FEER* 19.4.90 S.18)

Am 14.4.90 wurde eine neue Partei gegründet mit dem Namen All Malaysian Indian Progressive Front. Es handelt sich dabei um eine Abspaltung des Malaysian Indian Congress (MIC), die Mitglied der Regierungskoalition ist. Seit mehreren Monaten hat es heftige Auseinandersetzungen innerhalb der MIC gegeben.

(*Rocket* Vol. 23/4S.4)

Das Bruttosozialprodukt Malaysias ist laut der Staatsbank Bank Negara 1989 um 8,5 % gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 2 Prozentpunkte.

(*FEER* 12.4.90,S.59)

Ende 1989 beliefen sich die Auslandsschulden Malaysias auf M\$ 23,6 Mrd. (= DM 14,8 Mrd.). Größter Gläubiger waren die USA mit M\$ 8,1 Mrd., Japan mit 6,8 Mrd. und die BRD mit 2,5 Mrd.

(*SOA* März 1990, 139)

Ein Wiederaufgreifen der Pläne zum Bau des Bakun-Staudamms sind im Gespräch. Die schwedische Botschafterin hat bei einem Besuch einer Handelsdelegation Interesse von 3 Firmen ihres Landes an der Durchführung eines solchen Multi-Milliarden-Projektes bekundet. Wegen zu hoher Kosten wurde das Projekt von der Regierung vor einigen Jahren vorerst zurückgestellt.

(*Panchar Penemu* No.5/1990)